

Der GOLDENE HORST für den Kreistag Lüchow-Dannenberg

Pressemitteilung:

Heute, am 25.3.2019, haben wir von der Initiative „Solidarische Provinz Wendland / Altmark“ die Bürgerfragestunde der Kreistagssitzung besucht, um unser Unverständnis für die Überführung der Flüchtlingsgelder in den Haushalt deutlich zu machen.



Bereits im Februar hatten wir allen Kreistagsabgeordneten einen Fragenkatalog mit unten aufgeführten Fragen zukommen lassen, jedoch äußerst spärliche und unpräzise Antworten bekommen. Wir haben die Sitzung nicht in erster Linie aufgesucht, um unser Bedauern über die zum Teil ausweichende und ignorante Kommunikation von Abgeordneten gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auszudrücken.

Wir waren auch vor Ort, um zu erklären, dass wir die Haltung, die ein Teil der Abgeordneten an den Tag legen, daneben finden. Der Landkreis zeichnet gern das Bild von sich als weltoffen, bunt, zupackend und kreativ. Es gibt den Kreistagsbeschluss vom Dezember 2017, sich offensiv dafür einzusetzen, mehr geflüchtete Menschen nach Lüchow-Dannenberg zu holen. Stattdessen drangsalieren, schikanieren und kriminalisieren Mitarbeiter*innen aus den verschiedenen Abteilungen der Verwaltung geflüchtete Menschen, die aufgrund ihrer Biografien ein besonders hohes Schutzbedürfnis haben.

Der Landrat kritisiert öffentlich das Dublin-Abkommen als „Abwehrbollwerk“ und schlägt dann in Bezug auf Überalterung und Schrumpfung im Landkreis die Ansiedlung von Menschen aus Großbritannien vor.

Es gibt junge Menschen, die bereits im Landkreis leben, Beziehungen knüpfen und Deutsch büffeln, um irgendwann einen Ausbildungsplatz bekommen zu können. Anstatt sie in ihren Bemühungen zu unterstützen, wird mit bürokratischer Engstirnigkeit, Zeit und Personalaufwand immer wieder versucht, diese jungen Leute abzuschieben.

Ein weiteres Beispiel für repressives Handeln von Seiten der lokalen Behörden war auch die Einführung von Gutscheinen für eine Gruppe von Geflüchteten. Dies wurde erst nach Widersprüchen, vielen Diskussionen und Presseberichten von Ausländerbehörde und Sozialamt zurückgenommen.

Für den beschriebenen Zustand, gegen den nur die Fraktion grüneXSoli angegangen ist, verleihen wir einem großen Teil der Abgeordneten den goldenen Horst, denn unser Heimatminister wäre stolz auf Sie!

Wir waren überdies vor Ort, um als Initiative Solidarische Provinz unsere Forderungen zu überbringen. Wir fordern:

- eine vollständige Leistungsauszahlung für Geflüchtete

- keine Gutscheine mehr
- menschenwürdige Unterbringung im Landkreis
- Kautionszahlungen durch das Jobcenter/Sozialamt, damit die Menschen Wohnungen anmieten können
- das Ausstellen von Duldungen statt Anlaufbescheinigungen
- ein Ausnutzen der vorhandenen Ermessensspielräume, um Abschiebungen zu verhindern
- Offenlegung von Verantwortlichkeiten der Behörden
- ein ernsthaftes Sicheinsetzen dafür, dass Lüchow-Dannenberg ein sicherer Hafen für Schutzsuchende wird

Hier oben erwähnter an die Abgeordneten versandter Fragenkatalog:

1. Was hat Sie dazu bewegt der Überführung der Flüchtlingsgelder in den Haushalt zu zustimmen bzw. dem oben genannten Antrag nicht zu zustimmen?
2. Wie rechtfertigen Sie diese Form der Haushaltssanierung?
3. Ist solch ein Vorgehen Ihrem Kenntnisstand nach gesetzeskonform?
4. Sind Ihnen Bemühungen des Landkreises bekannt die Mittel zweckgebunden auszugeben? Haben Sie selbst mit Geflüchteten und Initiativen/Institutionen Kontakt gesucht, um über eine sinnvolle Mittelverwendung zu sprechen?